

Anlage zur Berichtsvorlage 1395

Eingebracht von: Steuerung

Betreff:

Beantwortung der Anfragen der Kreistagsabgeordneten

Sozialausschuss
Kreistag

04.11.2025 öffentlich vorberatend
10.11.2025 öffentlich zur Kenntnis

Anfrage 2: Abg. Horesnyi (AfD-Fraktion)

Anfrage Neutralitätspflicht bei Demokratie-Workshops und Stammtischkämpfer*innen-Seminar des Jugendbildungswerks

Sehr geehrte Damen und Herren, die Kreistagsfraktion der AfD Groß-Gerau unterstützt ausdrücklich Bildungsmaßnahmen und Demokratieangebote, die der Politikverdrossenheit entgegenwirken und junge Menschen zu einem demokratischen Engagement ermutigen. Jedoch sind wir besorgt über die Einhaltung der Neutralitätspflicht des Kreises Groß-Gerau im Zusammenhang mit dem Demokratie-Workshop vom 28. Juni 2025 und dem Stammtischkämpferinnen-Seminar am 13. September 2025, die vom Jugendbildungswerk organisiert werden. Insbesondere der Artikel vom 02.06.2025 der mittlerweile gelöscht wurde:

(<https://www.kreisgg.de/kreisverwaltung/presse/aktuelle-mitteilungen/nachrichten-einzelansicht/was-verbindest-du-mit-demokratie>) erwähnt ein „Stammtischkämpferinnen-Seminar zum Umgang mit rechten und rassistischen Parolen“.

Auf der Hauptseite der Stammtischkämpferinnen wird deutlich, dass dieses Seminar explizit gegen die Alternative für Deutschland (AfD) gerichtet ist <https://www.aufstehen-gegen-rassismus.de/kampagne/stammtischkaempferinnen/>. Dort heißt es: „In den Stammtischkämpferinnen-Seminaren werden Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt, die uns dabei unterstützen, den rechten und rassistischen Parolen wie beispielsweise denen der AfD und ihrer Anhänger*innen etwas entgegenzusetzen.“

Vor diesem Hintergrund bitten wir um Beantwortung der folgenden Fragen:

Frage 1:

Ist dem Kreis Groß-Gerau bewusst, dass das Stammtischkämpferinnen-Seminar, das als Teil der Veranstaltungsreihe „Werde Demokratieverstärkerin!“ angekündigt ist, explizit die AfD und ihre Anhänger als Zielgruppe für den Umgang mit „rechten und rassistischen Parolen“ nennt? Wenn ja, wie ist dies mit der Neutralitätspflicht der öffentlichen Verwaltung vereinbar?

In keiner Ausschreibung, Pressemitteilung oder Ankündigung des Kreises zu dieser Veranstaltungsreihe wurde die AfD und ihre Anhänger benannt. Insgesamt werden in der Veranstaltungsreihe die Themen Rechtspopulismus, Rechtsextremismus, Ideologien der Ungleichheit und demokratische Werte mit interaktiven Methoden behandelt.

Frage 2:

Wie stellte/stellt der Kreis Groß-Gerau sicher, dass bei den Veranstaltungen des Jugendbildungswerks, insbesondere dem Demokratie-Workshop am 28. Juni 2025 und dem „Stammtischkämpfer*innen-Seminar“ am 13. September 2025, die Neutralitätspflicht eingehalten wurde/wird und keine einseitige politische Ausrichtung gegen eine demokratisch gewählte Partei wie die AfD erfolgt?

Siehe Beantwortung Frage 1.

Weiterhin werden insgesamt extremistische und rassistische Haltungen in den Blick genommen und demokratischen Werten gegenübergestellt. Im „Demokratie-Workshop“, der vom Jugendbildungswerk konzipiert wurde, steht u. a. explizit die Vermittlung der Grundprinzipien der freiheitlich-demokratische Grundordnung sowie das Erkennen wesentlicher Merkmale von Populismus, Extremismus und Rechtsextremismus im Mittelpunkt.

Frage 3:

Weshalb wurden im genannten Artikel „rechte“ und „rassistische“ Parolen in einem Atemzug erwähnt, und warum wird die AfD in diesem Kontext explizit genannt? Auf welcher Grundlage setzt der Kreis Groß-Gerau oder das Jugendbildungswerk „rechte“ Positionen mit Rassismus gleich?

In keiner Ausschreibung, Pressemitteilung oder Ankündigung des Kreises zu dieser Veranstaltungsreihe wurde die AfD und ihre Anhänger benannt.

Frage 4:

Welche Kriterien legt das Jugendbildungswerk an, um Aussagen oder Inhalte als „rechte Parolen“ zu klassifizieren, insbesondere in Bezug auf die AfD? Wer ist für diese Klassifizierung verantwortlich, und wie wurde eine objektive Bewertung sichergestellt?

Die Grundlagen sind das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, die UN-Kinderrechtskonvention, die Menschenrechte etc.

Frage 5:

Sind im Rahmen der Veranstaltungsreihe auch Seminare oder Inhalte geplant, die sich mit anderen Formen von Extremismus (z. B. linker oder islamistischer Extremismus) auseinandersetzen? Wenn nicht, warum wird der Fokus ausschließlich auf „rechtsextreme“ Gefahren gelegt?

Die Angebotspalette des Jugendbildungswerkes ist insgesamt sehr breit aufgestellt und umfasst auch Veranstaltungen z. B. zu „Extremismusformen“ im Islam und deren Attraktivitätsstruktur oder Workshops zur Vermittlung des Grundgesetzes und der Erarbeitung einer Wertepyramide mit neu zugewanderten jungen Menschen.

Die aktuelle Veranstaltungsreihe hat diesen Zuschnitt durch das Förderprogramm des Kinder- und Jugendplans der Bundesregierung mit den Schwerpunkten „Erziehung zu Toleranz, Respekt und Demokratie“. Der Förderantrag des Jugendbildungswerkes wurde durch das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend genehmigt.

Frage 6:

Welche externen Referentinnen oder Organisationen sind/waren an der Durchführung des Demokratie-Workshops und des StammischkämpferInnenSeminars beteiligt? Bitte nennen Sie die Namen, die jeweilige inhaltliche Ausrichtung und etwaige Verbindungen zu politischen Akteuren.

Das Konzept des Demokratieworkshops sieht vor, dass ein*e hauptamtlichen Jugendbildungsreferent*in diesen durchführt. Sollte bei den Maßnahmen die Unterstützung externer Referent*innen oder Institutionen benötigt werden, wird in der Regel auf Empfehlungen z. B. des Beratungsnetzwerkes Hessen, von VPN (Violence prevention network) etc. zurückgegriffen.

- das „Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ ist ein Netzwerk von ca. 50 Mitgliedern aus ganz Hessen (u. a. der hessischen Jugendfeuerwehr, verschiedene Ministerien, der Sportjugend oder der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck). Die zentrale Fach- und Geschäftsstelle, das Demokratiezentrums Hessen, ist angesiedelt an der Philipps-Universität Marburg.

Die Arbeit des Demokratiezentrums Hessen sowie des Beratungsnetzwerks Hessen werden finanziert durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) sowie das Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ des Hessischen Ministeriums des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz (HMdI)).

- **Die Beratungsstelle Hessen von Violence Prevention Network (Sitz in Frankfurt) begegnet dem Phänomen des religiös begründeten Extremismus (z. B. Dschihadismus) und wendet sich an Jugendliche, Eltern und Fachpersonal. Vorrangiges Ziel ist die Verhinderung und die Umkehr von Radikalisierungsprozessen. Das Angebot umfasst Workshops und Fortbildungen für Schüler*innen, Multiplikator*innen, Eltern und Angehörige sowie die konkrete (aufsuchende) Arbeit mit radikalisierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen.**

Die Beratungsstelle Hessen ist Bestandteil des hessischen Präventionsnetzwerks gegen Salafismus. Sie wird finanziert durch das Hessische Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz aus dem Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“

Frage 7:

Wie wurde/wird im Workshop und im Seminar sichergestellt, dass keine politische Indoktrination stattfindet und alle Teilnehmer unabhängig von ihrer politischen Meinung gleichberechtigt behandelt werden?

Die grundsätzliche Ausrichtung der außerschulischen politischen Jugendbildungsarbeit ist immer der Diskurs mit den Teilnehmenden auf Augenhöhe und der respektvolle Umgang miteinander.

Frage 8:

Welche Kosten entstehen dem Kreis Groß-Gerau für die gesamte Veranstaltungsreihe „Werde Demokratieverstärker*in!“ (einschließlich Workshop, Seminar und Bildungsreise)? Bitte geben Sie eine detaillierte Aufschlüsselung der Finanzierung an

Die Finanzierung des Projektes findet durch die Förderung des Kinder- und Jugendplan des Bundes sowie den hauptamtlichen Einsatz des Jugendbildungswerkes statt.